



SABINE VERHEYEN
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europabüro Aachen
Monheimsallee 37
52062 Aachen
Tel.: 0241 – 56 00 69 33/-34
Fax: 0241 – 56 00 68 85
sabine.verheyen@europarl.europa.eu
www.sabine-verheyen.de

22.10.09

Pressemitteilung

Europäisches Parlament fordert mehr Mittel für die Grenzgängerberatung

Das Europäische Parlament hat in seiner Funktion als Kontrollinstanz für die Bürger am 22. Oktober den EU-Haushalt für 2010 verabschiedet und dabei gefordert, dass im kommenden Jahr die Finanzmittel für die Europäische grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung, die EURES-Beratungsstellen, um eine Million Euro auf insgesamt 20,1 Millionen Euro erhöht werden.

Insbesondere in Grenzregionen wie Aachen und Umgebung spielt EURES eine wichtige Rolle in Bezug auf die Vermittlung und Unterstützung bei der Lösung von Problemen, die für Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Pendlerströmen entstehen können. Hierbei ist das Ziel, die Mobilität von Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden zu erhöhen und Mobilitätshindernisse abzubauen.

So bietet die seit 1993 bestehende EURES-Maas-Rhein-Partnerschaft neben Beratung und Unterstützung bei der grenzüberschreitenden Arbeitssuche und Arbeitsvermittlung auch Hilfe bei Steuer- und Sozialversicherungsfragen von Grenzgängern. Beratung und Informationen erhalten die Bürger von den zuständigen EURES-Beratern in der Aachener Agentur für Arbeit, im interregionalen Gewerkschaftsrat Maas-Rhein, von den Arbeitgeberverbänden in der Grenzregion (SWE), der Euregio Maas-Rhein und der Beratungsstelle für Grenzgänger in Aachen.

"Insbesondere im Hinblick auf die bestehende Arbeitslosigkeit und die hohe Anzahl von Grenzgängern in der Maas-Rhein-Region ist es wichtig, die Bürger bei ihrer Suche nach Beschäftigung im europäischen Ausland zu unterstützen. Das Europäische Parlament hat deshalb zu Recht auf eine Erhöhung der finanziellen Mittel gepocht", so die Europaabgeordnete Sabine Verheyen.

Die endgültige Entscheidung über die Festlegung der Finanzmittel für 2010 erfolgt nach Einigung des Europäischen Parlaments mit dem Rat der Europäischen Union Ende Dezember.